Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6829

29. 01. 97

Antrag

der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Dagmar Enkelmann, Wolfgang Bierstedt, Petra Bläss, Maritta Böttcher, Eva-Maria Bulling-Schröter, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Ludwig Elm, Dr. Ruth Fuchs, Andrea Gysi, Hanns-Peter Hartmann, Dr. Uwe-Jens Heuer, Dr. Barbara Höll, Dr. Willibald Jacob, Ulla Jelpke, Gerhard Jüttemann, Dr. Heidi Knake-Werner, Rolf Köhne, Rolf Kutzmutz, Heidemarie Lüth, Dr. Christa Luft, Dr. Günther Maleuda, Manfred Müller (Berlin), Rosel Neuhäuser, Dr. Uwe-Jens Rössel, Christina Schenk, Steffen Tippach, Klaus-Jürgen Warnick, Gerhard Zwerenz, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Keine Fahrpreiserhöhung der DB AG in Ostdeutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

die für den Schienenverkehr in den neuen Bundesländern von der DB AG beabsichtigte Erhöhung der Fahrpreise nicht zu genehmigen und sich als hunderprozentige Eigentümerin der DB AG und im Zusammenwirken mit den Ländern, die Verkehrsverträge mit der DB AG abschließen, für eine sozialverträgliche Gestaltung der Bahntarife einzusetzen.

Bonn, den 24. Januar 1997

Dr. Winfried Wolf
Dr. Dagmar Enkelmann
Wolfgang Bierstedt
Petra Bläss
Maritta Böttcher
Eva-Maria Bulling-Schröter
Heinrich Graf von Einsiedel
Dr. Ludwig Elm
Dr. Ruth Fuchs
Andrea Gysi
Hanns-Peter Hartmann
Dr. Uwe-Jens Heuer
Dr. Barbara Höll
Dr. Willibald Jacob
Ulla Jelpke
Gerhard Jüttemann
Dr. Heidi Knake-Werner
Rolf Köhne
Rolf Kutzmutz
Heidemarie Lüth
Dr. Christa Luft
Dr. Günther Maleuda
Manfred Müller (Berlin)
Rosel Neuhäuser
Dr. Uwe-Jens Rössel
Christina Schenk
Steffen Tippach
Klaus-Jürgen Warnick
Gerhard Zwerenz
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die formalen, auf der Grundlage von Schätzungen von Anfang der 90er Jahre festgelegten Schritte zur Bahntarifangleichung Ost an West entspricht nicht der tatsächlichen Einkommensentwicklung in den neuen Bundesländern. Auch die DB-Zentrale hat dies mit einer teilweisen Rücknahme der Erhöhung bereits anerkannt. Dennoch wird auch die jetzt vorgesehene reduzierte Tariferhöhung nicht der sozialen Verantwortung für eine von Arbeitslosigkeit besonders betroffene Region gerecht und konterkariert das Anliegen, mehr Fahrgäste für Bus und Bahn zu gewinnen.

Des weiteren steht der drastischen Erhöhung der Fahrpreise in den seltensten Fällen eine entsprechende Verbesserung der Bedienungsstandards gegenüber. Von einzelnen Vorzeigestrecken abgesehen, ist die Situation im von der DB AG gebotenen Schienenpersonennahverkehr geprägt von Stagnation des Standards oder sogar Verschlechterung desselben auf einem erheblichen Teil des Zweigstreckennetzes sowie von Streckenstillegungen, Schließung von Unterwegsbahnhöfen und Verringerung des Dienstleistungsangebots (z. B. Fahrkartenverkauf).

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333